

05.04.2019

Zwangsräumung von Wohnraum durch die städtische „Task Force“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am Mittwoch, dem 03.04.2019, wurden in der Rudolfstraße im Duisburger Stadtteil Marxloh - wieder einmal - vier verwaarloste Häuser von der städtischen Task Force überfallartig zwangsräumt. Betroffen waren rund 170 Personen, fast ausschließlich Zugewanderte aus Südosteuropa, darunter die Hälfte meist kleine Kinder. Das sind alles Menschen.

Ihnen wurde kurzfristig Unterkunft in der dazu notdürftig hergerichteten Turnhalle Usedomstraße angeboten. In ihrer Angst wandten sie sich an den nächstgelegenen sozialen Dienst, in diesem Fall die AWO Integration in Hamborn. Deren Mitarbeitende aus der Migrationsberatung, der Integrationsagentur und der Sozialpädagogischen Familienhilfe waren bis in die Abendstunden damit beschäftigt, für die vielfältigen Fragen und Probleme der Betroffenen, die sich keineswegs auf das „Dach über dem Kopf“ beschränken, kurzfristige (Not-)Lösungen zu finden.

In der angebotenen Unterkunft landete am Ende lediglich eine Familie mit einem schwer kranken Kind. Der Rest kam, wie der heutigen Lokalpresse zu entnehmen ist, anderweitig unter. Anderweitig bedeutet in diesem Fall: bei ihnen bekannten oder verwandten Familien zwei Straßen weiter in anderen Schrottimmobilen, die vermutlich im Rahmen der nächsten „Task-Force“-Aktion geräumt werden sollen.

Was hier geschehen ist, bildet inzwischen die Regel aller „Task-Force“-Einsätze. Der Bevölkerung wird vorgegaukelt, dass die Stadt „etwas tut“. Tatsächlich werden die Menschen lediglich von einem verkommenen Wohnort zum nächsten vertrieben; anschließend geht die Task Force ihres Weges, und Sozialverwaltung und Wohlfahrtsverbände dürfen die hinterlassenen Scherben zusammenkehren.

Anders als beispielsweise im Fall der unlängst geräumten Immobilien in der Husemannstraße in Homberg, wo die Feuerwehr im Rahmen einer vorschriftsmäßigen Begehung akute Brandgefahr festgestellt hatte und unmittelbar zum Handeln verpflichtet war, stehen die Einsätze der „Task Force“ rechtlich auf dünnem Eis. Wenn man die reichlich allgemeinen Äußerungen der Stadtsprecherin über den Zustand der Schrottimmobilen an der Rudolfstraße Ernst nehmen würde, müssten in Duisburg täglich drei bis vier Häuser zwangsräumt werden.

Wohlgemerkt: Es geht überhaupt nicht darum zu kritisieren, dass gegen kriminelle Hausbesitzer und unzumutbare Wohnverhältnisse vorgegangen wird, im Gegenteil. So, wie die „Task Force“ in Duisburg agiert, handelt es sich aber bloß um planlosen Aktionismus. Es gibt kein Konzept, was anschließend mit den betroffenen Menschen geschehen soll. Es gibt keinen Plan, was aus den leer stehenden Häusern werden soll.

Von den mit der Zuwanderung aus Südosteuropa ohne Frage verbundenen schwierigen Integrationsproblemen wird kein einziges gelöst. Stattdessen wird künstlich Obdachlosigkeit erzeugt. Die betroffenen Menschen haben als EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Wohnungslosenhilfe. Verantwortlich dafür ist die Stadt als Ganze, nicht bloß einzelne Ämter oder Verbände. Uns ist nicht bekannt, dass der Verwaltungsvorstand dazu eine Strategie hat.

Duisburg verfügt seit 2004 über einen Wohnungsnotfallplan, für den die Stadt als Strategie zur flächendeckenden Vermeidung von Obdachlosigkeit bundesweit Vorbildcharakter genießt. Die

Verbände der Wohlfahrtspflege sind davon überzeugt, dass man diesen mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen weiter entwickeln kann, statt einseitig und ausschließlich auf populistische Ordnungspolitik ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen zu setzen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir fordern Sie nachdrücklich auf, die in Duisburg von Amts wegen betriebene künstliche Erzeugung von Obdachlosigkeit umgehend zu stoppen und stattdessen eine ganzheitliche Lösung der Probleme zur Entscheidungs- und Umsetzungsreife zu bringen.

Dass die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege dafür jederzeit und umfassend zur konstruktiven Mitarbeit bereit stehen, ist Ihnen bekannt.